

# Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

- I. Verfolgung eines rechtlich zulässigen *Zweckes***
- II. *Geeignetheit* der Maßnahme zur Verfolgung dieses Zweckes**
- III. *Erforderlichkeit* der Maßnahme zur Verfolgung dieses Zweckes**
  - kein gleichwirksames milderes Mittel zum Erreichen des angestrebten Erfolges
- IV. *Angemessenheit* der Maßnahme (Übermaßverbot)**
  - angemessenes Verhältnis zwischen Erfolg und Belastung in Ansehung der Bedeutung des belasteten Rechtsgutes und des verfolgten öffentl. Interesses
  - dabei *Abwägung!*

# Einschränkungen der Berufsfreiheit

## I. Berufsausübungsregelungen

- zulässig, soweit *vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls* es zweckmäßig erscheinen lassen. - *Gewöhnliche* Anforderungen der Verhältnismäßigkeit.
- aber: zulässig nach Kriterien für objektive Berufswahlbeschränkungen, wenn sie diesen in ihrer Wirkung gleichkommen

## II. Subjektive Berufswahlbeschränkungen

- zulässig, soweit der *Schutz besonders wichtiger Gemeinschaftsgüter* es zwingend erfordert. - *Gesteigerte* Anforderungen der Verhältnismäßigkeit.

## III. Objektive Berufswahlbeschränkungen

- zulässig nur, wenn sie zur *Abwehr nachweisbarer oder höchstwahrscheinlicher schwerer Gefahren für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut* geeignet und erforderlich sind. - *Höchste* Anforderungen der Verhältnismäßigkeit.

# **Die Prüfung des allgemeinen Gleichheitssatzes**

## **I. Anwendbarkeit des Art. 3 I GG**

- spezielle Gleichheitssätze haben Vorrang

## **II. Gleich- oder Ungleichbehandlung**

- Herausschälen des Prüfungsgegenstandes

## **III. Willkürlichkeit / Rechtfertigung durch sachlichen Differenzierungsgrund**

### **1) Vorliegen eines sachlichen Differenzierungsgrundes**

- dieser muß zulässig (mit den Wertungen des Grundgesetzes vereinbar) sein

### **2) Hinreichendes Gewicht des Differenzierungsgrundes**

- Ungleichbehandlung und rechtfertigender Grund müssen in angemessenem Verhältnis zueinander stehen (sog. → *neue Formel*)
- der inhaltliche Schwerpunkt der Gleichheitsprüfung
- problematisch: diese Vorauss. soll nur bei Ungleichbehandlung von Personen-gruppen gelten